

Parlez Francais!

Endlich richtig kämpfen – gemeinsam und entschlossen!

Gegen Sparpaket, Kopfpauschale, Rente ab 67, Stuttgart 21 und Atomenergie

Von wegen die Krise ist vorbei! Für die Lohnabhängigen, die Armen und Erwerbslosen, für die Jungen und Alten werden die Folgen der Krise immer spürbarer. Die offizielle Arbeitslosigkeit sinkt zwar, aber Billigjobs, Leiharbeit und Druck am Arbeitsplatz nehmen zu. Arbeitender Armer zu sein ist schon lange keine Seltenheit mehr. Und immer noch verweigert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Stattdessen verhöhnt sie die Langzeitarbeitslosen mit einer Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze um grandiose fünf Euro – mehr Würde ermöglichen sieht anders aus. Während die Banken und Konzerne wieder Großprofite einstreichen und die Boni an die Manager weiter ausgeschüttet werden, werden nicht etwa die Steuern auf Gewinne und Vermögen erhöht – sondern mit Sparpaket, Kürzungen in Ländern und Kommunen, Gesundheitsreform bei den Lohnabhängigen und Erwerbslosen gestrichen. In den Betrieben sollen die KollegInnen die Opfer, die ihnen während der Krise abverlangt wurden, nun weiter bringen, um den „Aufschwung nicht zu gefährden“. Gleichzeitig werden Steuergelder in unsinnige Projekte wie Stuttgart 21 vergeudet, um die Profite der Bahn und von Immobilienspekulanten zu steigern. Wenn sich die Bevölkerung wehrt, wird sie zuerst nieder geknuppelt und dann mittels Verhandlungen eingeseift – aber Stuttgart 21 nicht in Frage gestellt. Wenn aber ein paar Atommanager eine Zeitungsanzeige schalten und am Kanzleramt klopfen, knickt Frau Merkel ein und schenkt den

Atombossen per Laufzeitverlängerung Milliarden Sonderprofite. Es ist das alte Spiel: die da oben machen was sie wollen, wenn wir sie nicht daran hindern.

Gewerkschaften müssen kämpfen – nicht Dampf ablassen!

Wieder einmal schauen ArbeiterInnen aus Deutschland neidisch nach Frankreich. Dort legt die Arbeiterklasse in einer gigantischen Streikwelle das Land lahm, weil ein arroganter Staatspräsident das Renteneinstiegalter von 60 auf 62 erhöhen will. Oder nach Spanien, wo zehn Millionen Beschäftigte an einem eintägigen Generalstreik teilgenommen haben, um eine spanische Version von Hartz IV zu verhindern. Oder nach Griechenland, wo Proteste und Streiks gegen massive Sozialkürzungen und gegen Stellenabbau kein Ende nehmen. Und bei uns? IG Metall und ver.di führen Aktionswochen durch. Hier mal eine Betriebsversammlung am Montag, dort eine Kundgebung am Mittwoch und dann ein paar regionale Demonstrationen an verschiedenen Samstagen im November. Das klingt mehr nach Beschäftigungstherapie als nach einem heißen Herbst. Wieder einmal wollen die Gutverdiener in den Gewerkschaftsspitzen nur Dampf ablassen, statt Regierung und Kapital mal richtig einzuheizen. Das dürfen wir den „Kollegen“ Huber, Sommer und Bsirske nicht einfach so durchgehen lassen!

Widerstand ist möglich

Dass es auch in Deutschland ein großes Protest- und Widerstandspotenzial gibt zeigen nicht nur die Massenmobilisierungen gegen Stuttgart 21 und die Lauf-

Castor schottern!

Massenproteste bringen Merkel in Bedrängnis! Deshalb sollten sich die Gewerkschaften auch an den Demonstrationen und Blockaden gegen den Castor-Transport beteiligen, der Anfang November stattfindet.

Infos unter: www.castor2010.de

zeitverlängerung für Atomkraftwerke, sondern alle Meinungsumfragen. Laut *ARD DeutschlandTREND* vom Oktober sprachen sich 94 Prozent der Befragten für Demonstrationen aus, damit „die Politik die Meinung der Menschen zur Kenntnis nimmt“. Es kommt darauf an, dieses Potenzial zu mobilisieren. Hier versagen die Führungen der Gewerkschaften, weil sie die Logik der kapitalistischen Marktwirtschaft akzeptiert haben, abgehoben von der Basis sind und die Gewerkschaften eher als staatstragenden Ordnungsfaktor, denn als Interessenvertretung und Kampforganisationen verstehen. Wenn die Gewerkschaftsspitzen nur ein klein wenig von dem Klassenbewusstsein hätten, wie die Führungen der kapitalistischen Parteien, Lobbyverbände und Arbeitgeberorganisationen, könnten diese nicht einfach machen, was sie wollen.

Gewerkschaftsopposition aufbauen – für eintägigen Generalstreik eintreten

Die Zeiten der Sozialpartnerschaft sind endgültig vorbei. Regierung und Kapital betreiben brutalen Klassenkampf von oben. Wenn wir das nicht mit Klassenkampf von unten beantworten, werden wir immer nur verlieren.



☎ 030 / 247 238 02 ★ ✉ info@sav-online.de ★ www.sozialismus.info

V.i.S.d.P.: H. Dröge, c/o SAV Littenstraße 106, Berlin

Nötig wäre es, ausgehend von den gewerkschaftlichen Aktionswochen die Proteste zu steigern. Dazu ist eine Kampfstrategie nötig, die zum Ziel hat, die gesamte arbeitende Bevölkerung gemeinsam in Aktion zu bringen. Über Informationskampagnen, Betriebsversammlungen, Betriebs-/Personalräte- und Vertrauensleutekonferenzen könnte in den Betrieben die überall existierende Unzufriedenheit und Wut dazu genutzt werden, einen gemeinsamen bundesweiten Streiktag, einen eintägigen Generalstreik, durchzuführen. Eine solche Strategie würde den KollegInnen vermitteln, dass endlich ernsthafter Widerstand organisiert wird, was die Bereitschaft zur Teilnahme sprunghaft steigern würde. Wenn die Gewerkschaftsführungen eine solche Strategie fahren würden, wäre sie innerhalb von Wochen erfolgreich umsetzbar. Da die Gewerkschaftsführungen dazu im Moment nicht bereit sind, brauchen sie organisierten Druck von der Basis. Kritische und kämpferische KollegInnen sollten sich in oppositionellen Gruppen zusammen schließen und vernetzen, entsprechende Anträge in die Gewerkschaftsgremien einbringen und, wo möglich, örtliche und betriebliche Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen versuchen durchzusetzen. Das ist mühsam und man wird oft durch bürokratische Hürden blockiert, aber es gibt keine Alternative dazu, sich an der Basis selbständig zu organisieren und gleichzeitig den Kampf darum zu führen, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen zu machen.

Politische Alternativen nötig

Um erfolgreich zu kämpfen, muss es Alternativen zu der kapitalistischen Politik der etablierten Parteien geben.

- ★ Weg mit Sparpaket, Gesundheitsreform, Rente mit 67 und Kürzungen in Ländern und Kommunen
- ★ Stuttgart 21 sofort stoppen! Alle AKW's sofort abschalten.
- ★ Millionärssteuer von zehn Prozent jetzt – Umstellung des Steuersystems auf direkte Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen bei starker Progression für hohe Einkommen
- ★ Abschaffung von Hartz IV
- ★ Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde als erster Schritt zu zwölf Euro
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Soziales und Gesundheit – finanziert durch die Gewinne der Banken und Konzerne
- ★ Verstaatlichung aller Banken und Konzerne unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung

Ein Grund weshalb es zu den Themen Stuttgart 21 und Atomenergie gerade Massenbewegungen gibt, ist die Tatsache, dass die Alternativen überzeugen. Die Alternative zu Sparpaket, Gesundheitsreform und Rente ab 67 heißt: Politik im Interesse der Mehrheit statt der Minderheit! Ran an die Profite und die riesigen Privatvermögen! Keine Akzeptanz behaupteter kapitalistischer Sachzwänge – der einzige Sachzwang ist die Lebenssituation der Menschen und die Bedürfnisse der Umwelt! Schluss mit Profitmaximierung, Privatisierung und Spekulationswahn! Letztlich bedeutet das, mit der kapitalistischen Logik zu brechen und für eine grundlegend andere Wirtschaft und Gesellschaft einzutreten – eine sozialistische Demokratie, in der die Kernbereiche der Wirtschaft in demokratischem öffentlichem Eigentum zur Befriedigung der Bedürfnisse und nicht zur Profitmaximierung eingesetzt werden.

Um das zu tun, brauchen wir nicht nur kämpferische Gewerkschaften, sondern auch eine Partei, die konsequent antikapitalistisch ist und die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen Banken und Konzerne verteidigt. DIE LINKE wurde mit vielen Hoffnungen ins Leben gerufen und ist ein Ansatz zum Aufbau einer solchen Partei. Doch in ihr wirken starke Kräfte, die die Partei an den Kapitalismus anpassen und ihr in Koalitionen mit SPD und Grünen allen Widerstandsgeist nehmen wollen. Deshalb braucht auch DIE LINKE einen starken sozialistischen und kämpferischen Flügel, der darum kämpft, dass die Partei nicht dieselbe Diagonalkarriere von links unten nach rechts oben vollzieht, wie SPD und Grüne vor ihr.

Wir lassen uns nicht spalten!

Thilo Sarrazin (SPD) ist für eine längere Lebensarbeitszeit, für niedrigere Mindestlöhne und für eine drastische Senkung bei den Sozialausgaben. Seine Verachtung gegen Erwerbslose zeigte sich schon 2008, als er Vorschläge machte, wie sich ALG-II-BehälterInnen von weniger als vier Euro am Tag ernähren könnten.

Dieser Sarrazin, der angeblich einen Kreuzzug gegen „Sozialschmarotzer“ führt, ist genau das: ein echter Sozialschmarotzer. Als Berliner Finanzsenator nahm er zum Beispiel 46 „Nebentätigkeiten“ in Aufsichtsräten oder anderen Gremien wahr. Für Sitzungen, die wenige Stunden dauern, kassieren solche Aufsichtsräte mehr, als ein Hartz-IV-Empfänger im ganzen Monat erhält.

Mit seiner Hetze gegen MigrantInnen, vor allem gegen Muslime, will er von der Umverteilungspolitik und von der wahren Parallelgesellschaft – einer kleinen, steinreichen Minderheit – ablenken! Und uns spalten in Beschäftigte und Erwerbslose, Deutsche und Nichtdeutsche und, und, und. Damit wir uns nicht gemeinsam mit aller Kraft gegen die da oben wehren.

SAV vor Ort

Aachen ☎ 0241 – 5600 88 13
Berlin ☎ 030 – 440 84 29
Bremen ☎ 0176 – 320 50 301
Bremerhaven ☎ 0176 – 75004118
Dortmund ☎ 0177 – 650 85 79
Dresden ☎ 0351 – 310 7391
Essen ☎ 0201 – 56 33 168
Frankfurt/M ☎ 0172 – 617 89 26
Hamburg ☎ 0176 – 513 95 025
Kassel ☎ 0178 – 66 544 11
Köln ☎ 0221 – 933 78 45
Leipzig leipzig@sav-online.de
München ☎ 01520 – 416 05 91
Rostock ☎ 0381 – 499 65 90
Stuttgart stuttgart@sav-online.de
Tübingen tuebingen@sav-online.de

weitere Orte:

Bamberg, Bielefeld, Celle, Cuxhaven, Dachau, Freiburg, Göttingen, Halle, Hannover, Husum, Jena, Karlsruhe, Konstanz, Marburg, Mannheim, Neumarkt, Neustadt, Nürnberg, Pforzheim, Saarbrücken, Schönau, Siegen, Telgte, Trier, Würzburg, Wuppertal

☎ **030 – 247 238 02**